Der Rechnungsprüfungsausschuß hat die vorgelegte Maßnahme geprüft und die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel aus dem Investitionsförderungsgesetz festgestellt. Mit seinem Testat gemäß § 11 Absatz 3 Investitionsförderungsgesetz NRW wird dies bestätigt.

Die fehlenden Anfragen nach § 8 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes wurden nachgereicht. Es handelt sich um Bestätigungen von Firmen und Freiberuflern, die der Gemeinde aufgrund langjähriger Zusammenarbeit bekannt sind und daher nach Maßgabe des Korruptionsbekämpfungsgesetzes unbedenklich sind.

Zukünftig soll von jeder am Vergabeverfahren beteiligten Firma eine Auskunft nach § 8 Korruptionsbekämpfungsgesetz angefordert werden.